

BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2016



-
- * 6 Integration - Jugend überwindet *
 - * 8 Kantonsrat - Belastendes Entlastungsprogramm *
 - * 9 Regierungsrat - Eine Behörde etabliert sich *
 - * 10 Tempo 30 - Bundesgerichtsurteil macht Karriere *
 - * 12 Flucht - Geplatzte Träume *
-

2

3 Editorial

Krallen ausfahren

4 Jubiläum

Es braucht Ideen und viel Enthusiasmus

6 Integration

Jugend überwindet

7 Rechtsrutsch

Zum Abwinken

8 Kantonsrat

Belastendes Entlastungsprogramm

9 Regierungsrat

Eine Behörde etabliert sich

10 Tempo 30

Bundesgerichtsurteil macht Karriere

11 Abstimmung

Grün ist die Zukunft

12 Flucht

Geplatzte Träume

16 TiSA

Kein Ausverkauf des Planeten

18 Atomausstieg

Atomausstieg, ja bitte!

20 Bahninfrastruktur

Die Hoffnung stirbt zuletzt

22 Rohstoffhandel I

Lonely Fight

23 Rohstoffhandel II

Thema bleibt auf der Agenda

24 Junge Alternative

Die Zukunft nicht verbauen

25 Service

Frontal

Präsidium

Kino

Veranstaltung

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – Grünes Forum Hünenberg

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Krallen ausfahren

Die Redaktion

Man könnte wie eine Katze auf dem Sofa liegen, dazu wonniglich schnurren und darauf warten, dass etwas geschieht. Die Katze weiss, dass ihr Futternapf gefüllt werden wird. Ja, es geht uns gut im Kanton Zug. Man könnte zufrieden sein. Aus lauter Sorge um das eigene Wohlergehen vergisst man gerne, dass es nicht allen gleich gut geht. Das BULLETIN hilft da gerne auf die Sprünge. In dieser Nummer zum Beispiel mit einem Bericht über das bis vor kurzem grösste Flüchtlingslager in Griechenland. Weiter mit Artikeln über traurige Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen zu TiSA, fehlende Konsequenz beim Atomausstieg oder bei der Bahninfrastruktur. Zuger Themen kommen wie üblich nicht zu kurz, Rohstoffhandel und Tempo 30 in der Stadt ergänzen die Themen unserer Berichterstat-
 terinnen und Berichterstat-
 ter aus den Räten. Die Klammer um Welt-Themen und Zuger Themen macht auf Seite 6 der Bericht über ein Integrationsprojekt von Jugendlichen in Zug.
 Das BULLETIN belebt die Medienlandschaft im Kanton Zug seit 30 Jahren. Dies wurde Anfang Juni mit einem Fest begangen. Dazu wurde unter anderem eine Buchstabusuppe gereicht und ein Vortrag von Daniel Stern, Redaktor unserer grossen Schwester WOZ. In seinem Vortrag – siehe Seite 5 – schildert uns Daniel Stern die Entwicklung der Schweizer Medienlandschaft und die Perspektiven eines Medienproduktes wie das BULLETIN. Klar, dass wir mit offenen Ohren zugehört haben und Ihnen aus dem Vortrag einen Bericht erstellt haben. Dass es das BULLETIN braucht, muss man dem Redaktionsteam nicht sagen, und Ihnen, liebe Leserin und lieber Leser, auch nicht. Sie unterstützen uns schon seit vielen Jahren. Dafür danken wir herzlich!



Dass es die Alternativen – die Grünen braucht, zeigt uns unter anderem der Bericht Seite 22. Seit vielen Jahren setzt sich diese «left wing party» für einen Kanton ein, dem es nicht nur um Profitmaximierung geht, die Firmen anklagt, die ihre Rendite auf dem Buckel der Natur und unter Verletzung der Menschenrechte erreichen. Wir können also die Krallen ausfahren und fauchen! Das BULLETIN und sein Redaktionsteam sehen es als ihre Aufgabe an, unbequeme Themen aufzudecken, in Erinnerung zu rufen und im besten Fall über erreichte politische Erfolge zu berichten. Dass wir dabei nicht immer diplomatisch sind, versteht sich von alleine.

Die Katze bleibt derweil liegen und geniesst die Ruhe, während über dem Tisch die Köpfe des Redaktionsteams rauchen, die Artikel redigiert, Formulierungen präzisiert, die Inhalte gewichtet werden und eine neue Nummer entsteht. Vive le BULLETIN! ■

Es braucht Ideen und viel Enthusiasmus

Vortrag von Daniel Stern, WOZ, Zusammenfassung Redaktion BULLETIN

4 Die Mediensituation ist derzeit kritisch, aber schon vor 30 Jahren gab es Druck von Seite der Inserenten. Vieles ist noch im Wandel: Die Mediennutzung verändert sich stark. Für unabhängige Medien, auch für neue Projekte, ist das nicht nur eine negative Entwicklung. Es braucht aber etwas Geld und gute Ideen – und viel Enthusiasmus.

Vor 30 Jahren gab es in jeder Stadt mehrere Zeitungen. Damit war teilweise noch viel Geld zu verdienen, insbesondere dank Stellenanzeiger und Wohnungsmarkt. Einige Zeitungen waren noch parteigebunden, aber die Tendenz ging Richtung unabhängige Publikationen. Es gab Konkurrenz. Als Redaktor musste man sich Mühe geben. Die lokale Politik wurde genau verfolgt. Für jemand mit einem Anliegen war die Chance, gehört zu werden, grösser als heute.

Heute sieht die Zeitungslandschaft anders aus. Die lokalen Medien sind, ausser in Zürich und Basel, jeweils in einer Hand konzentriert. Die Anzahl der kleinen, regionalen Akteure hat stark abgenommen, weil Wohnungs- und Stellenanzeiger ins Internet abgewandert sind. Ein wirtschaftlich bedingter Konzentrationsprozess ist im Gang. Die Monopolisierung führt aber zum Verlust der Meinungsvielfalt. Die Zeitungsredaktionen werden ausgedünnt. Die redaktionelle Qualität sinkt. Die Abhängigkeit von den Werbeeinnahmen ist noch grösser geworden.

Ein politisches Risiko

Die journalistische Unabhängigkeit vieler grosser Zeitungen ist in Gefahr. Die NZZ ist heute in der Hand eines liberalen Aktionariats, aber die Gefahr eines Rechtsrutsches ist real. Man denke an die Ereignisse von 2015, als Markus Somme Chefredaktor werden sollte. Die Südostschweiz gehört dem Freisinnigen Hanspeter Lebrument, der auch als Präsident des Schweizer Verlegerverbandes fungiert. Kürzlich stellte er «die saubere Trennung zwischen



Daniel Stern.

Werbemarkt und redaktionellem Teil von Zeitungen» in Frage. Tamedia und Ringier gehören den Familien Coninx respektive Ringier, beide tendenziell liberal. AZ-Medien gehören dem Freisinnigen Peter Waner und seiner Familie. Allerdings: Was wird passieren, sollten diese Familien eines Tages verkaufen? Man denke an die «Weltwoche» und die «Basler Zeitung» (BAZ): Die Verlegerfamilie Hagemann verkaufte die BAZ 2010 an Tito Tettamanti, der sie an den Blocher-Strohmann Moriz Suter weiterverkaufte. Die BAZ wurde zur rechten Zeitung, mit Markus Somme als Chefredaktor. Dieselbe Familie verkaufte 2001 die «Weltwoche» an Tito Tettamanti. Die «Weltwoche» wurde von einer linksliberalen Zeitung zum rechten Kampfblatt.

Unabhängig und glaubwürdig

Medien, in denen JournalistInnen frei und unabhängig arbeiten können, haben eine extrem wichtige gesellschaftliche Funktion. Deswegen sind starke, unabhängige und glaubwürdige Medien notwendig. Hinter der Glaubwürdigkeit steht langfristige Arbeit. Die Aufgabe un-

abhängiger Medien ist, «den Mächtigen auf die Finger zu schauen» und sie so unter Kontrolle zu halten, Filz offen zu legen, Themen zu setzen, Debatten zu lancieren, Begriffe zu besetzen, Geschichten zu erzählen, Menschen eine Stimme geben, die sonst keine öffentliche Stimme haben, offen für Neues sein, neuen Ideen Platz zu geben. Dazu brauchen JournalistInnen die nötige Zeit.

In der Schweizer Medienlandschaft ist die WOZ die einzige politische Zeitung, die den Beschäftigten selber gehört. Die Gefahr, aufgekauft und umgepolt zu werden, besteht nicht. Der WOZ geht es aktuell recht gut. Ihre Auflage nimmt zu, aber die WOZ ist bislang ein Nischenprodukt.

Ist die Zukunft online?

Regionale, wirklich unabhängige Medien gibt es immer weniger, und es ist schwierig, neue aufzubauen. Es gibt verschiedene Modelle, wie sie existieren könnten: Etwa mit Hilfe von MäzenInnen oder mit Unterstützung von LeserInnen. In der Schweiz gibt es bereits eine kleine indirekte öffentliche Förderung durch verbilligte Posttarife. In Skandinavien wird öffentliche Finanzierung auch direkt betrieben. Das Ziel ist dort, die Monopolisierung zu verhindern. Es gibt einige unabhängige Online-Publikationen, zum Beispiel «In-fosperber», «Journal B» in Bern, «Tsüri» etc. Das Problem dieser neuen Medien ist die Wahrnehmung. Wann kann man wirklich Öffentlichkeit herstellen? Was ist Öffentlichkeit? Dank Social Media können gute Texte eine grosse Verbreitung finden. Wichtig sind gute Ideen und viel Enthusiasmus. ■

Solidarität schafft Sicherheit

Am 24. September finden die Nationalratswahlen statt. Da der Kanton Zug erstmals drei statt nur zwei VertreterInnen nach Bern schicken kann, hat die Linke eine grosse Chance, einen der drei Sitze zu erobern.

Josef Lang

Eine alternative Kandidatur drängt sich aus zwei Gründen auf. Erstens gibt es wichtige Inhalte, die nur wir vertreten. Zweitens wächst so die Chance, dass der dritte Zuger Sitz an das linksgrüne Bündnis und nicht an irgendeine bürgerliche Liste fällt.

Vier Themenkomplexe

Das Ziel der Zuger Bürgerlichen ist es, ihr Rollback vom Herbst 94 fortzusetzen, vor allem gegen soziale, ökologische und feministische Errungenschaften. Dabei werden sie versuchen, ihre Sicht von Spar- und Sicherheitspolitik in der öffentlichen Diskussion durchzusetzen. Während die Nur-Grünen in ihrer Antwort das Soziale vernachlässigen und dabei nur schwer auf die Verunsicherung reagieren können, kommt bei der SP das Ökologische zu kurz; sie verpasst so die Chance, auf die aus der Umweltzerstörung folgenden Unsicherheiten zu reagieren.

Die drei Hauptthemen der Nationalratswahlen 1995 dürften, wie es aussieht, die soziale Frage, die Bundesfinanzen (in diesem Zusammenhang die Neat), die öffentliche Sicherheit und die Europäische Integration werden. Vor allem vier Themenkomplexe sind es, in denen die Alternativen besondere Inhalte vertreten. Erstens die Ver-

bindung des Sozialen mit dem Ökologischen und der «Frauenfrage» und damit die dreifache Antwort auf drei reale Gefährdungen, welche die Bürgerlichen sehr gerne verdrängen: die Arbeitslosigkeit und die gefährdete Zukunft der Sozialwerke, die ökologischen Risiken und die Ausgrenzung der von der neuen Armut am stärksten betroffenen Bevölkerungsschicht, der alleinerziehenden Frauen.

Zweitens der Versuch, die Sicherheitsfrage offensiv aufzunehmen und Antworten zu entwickeln, die nicht repressiv, sondern liberal sind (z.B. Drogenliberalisierung) und die Probleme an der Wurzel packen: Solidarität schafft Sicherheit. Dieser Slogan, den wir bei den kantonalen Wahlen zu wenig systematisch um- und eingesetzt haben, beinhaltet noch etwas Weiteres: Wir bauen nicht auf einen starken Staat, sondern auf eine freiere und fairere Gesellschaft.

Drittens setzen wir uns damit zusammenhängend ein für einen Ausbau der direkten Demokratie (konstruktives Referendum, Verwaltungsreferendum, Gesetzesinitiative), für die Demokratisierung der Wirtschaft (Mitbestimmung) und für einen aktiveren Einbezug der Bürgerinnen und Bürger ins politische Leben, z.B. über die Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips und eine basisorientierte Politik.

Viertens schliesslich sind wir für eine offene Schweiz, die sich an der Europäischen Integration und

an den Vereinten Nationen beteiligt, ohne die ökologischen, sozialen und demokratischen Errungenschaften leichtfertig zu opfern, die sich innerhalb Europas stark macht für die Ärmsten der Welt, für eine offene Asylpolitik und gegen die grassierende Fremdenfeindlichkeit.

Ein linksgrünes Bündnis

Die Linke muss gesamthaft auf 25% der Stimmen kommen, um einen sicheren Nationalratssitz zu machen. Weder die SP noch die Alternativen allein schaffen das mit Sicherheit, selbst wenn sie öffentlich zugunsten der Partnerin verzichten würden. So hat die SP-Kandidatin bei den Ständeratswahlen nur 18% gemacht, obwohl die meisten Alternativen sie unterstützt hatten.

Für ein Nationalrats-Wahlbündnis gibt es zwei Möglichkeiten: Wir schliessen eine Listenverbindung, indem zwei unabhängige Listen mit je drei Namen technisch miteinander verbunden werden. Oder wir machen eine gemeinsame Liste mit gesamthaft drei KandidatInnen. Die beiden Varianten werden in der SGA und in anderen alternativen Gruppierungen, aber auch in der SP diskutiert. Ein erstes Gespräch mit der SP hat gezeigt, dass auf beiden Seiten der ernsthafte Willen da ist, ein Geknatsche à la Ständeratswahlen zu verhindern.

Jugend überwindet

Konradin Franzini, Projektgruppe «Jugend überwindet»
Bilder Projektgruppe «Jugend überwindet»

6 Über Ausländerinnen und Ausländer, Integration, fremde Kulturen und Asylsuchende sprechen viele. Wenige ergreifen jedoch die Initiative und leisten selbst einen Beitrag, um Brücken in unserer multikulturellen und pluralistischen Gesellschaft zu bauen. Unterstützt vom Jugendkulturzentrum industrie 45 wagte eine Gruppe von sechs jungen Zugerinnen und Zugern im Alter von 17 bis 23 Jahren den Schritt und organisierte Spiel-, Musik-, Graffiti- und Kochnachmittage für Jugendliche aus verschiedenen Kulturen.



Zufriedene Gesichter: Die vier erfolgreichen Durchführungen machen Lust auf mehr!

Das Konzept war einfach: Vier Samstagnachmittage in der i45 sollen für die ungezwungene Begegnung zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen reserviert sein. So wurden Gesellschaftsspiele aus aller Welt gelernt und ausprobiert. Simple Spiele wie UNO liessen sich ohne viele Erklärungen und trotz Sprachbarrieren problemlos spielen. Zudem fanden musikalisch hochkarätige Jam-Sessions statt, bei welchen das Projekt von lokalen Bands unterstützt wurde. Auch eine eritreische Gitarre liess sich problemlos in die multikulturelle Klangwelt integrieren. Dank professioneller Unterstützung konnte ausserdem ein vielseitiger Graffitiworkshop stattfinden. Es entstanden tolle Kunstwerke und es wurde viel Potenzial bei den Teilnehmenden entdeckt. Gleichzeitig bildete sich an den Nachmittagen jeweils eine Kochgruppe mit Jugendlichen verschiedener Nationalitäten, welche ein interkulturelles Menü plante, einkaufte und frisch zubereitete. So entstanden Gerichte aus Eritrea, Afghanistan, Brasilien und der

Schweiz. Das gemeinsame Abendessen in gemütlicher Atmosphäre rundete dann jeweils den Nachmittag ab.

Viel ehrenamtliches Engagement

Die Projektidee wurde von Sandra Scheuber entwickelt, welche als Jugendarbeiterin in der industrie 45 arbeitet. Ihre Arbeit legte die konzeptionelle Basis, die dann zusammen mit dem Projektteam erfolgreich ausgestaltet und umgesetzt wurde. Das Projektziel motivierte Jugendliche aus dem Kanton Zug, sich freiwillig und ehrenamtlich für das Projekt zu engagieren. So fanden sich Ronit Stössel (17), Fabienne Bühler (17), Dawar Husseini (23), Nicole Schmid (18), Luzian (20) und Konradin (18) Franzini mit Sandra Scheuber in der industrie 45 zusammen. In dieser Konstellation konnten im März die konkreten Vorbereitungen für die Umsetzung beginnen. Vom Flyerde-

sign bis hin zur Planung der einzelnen Spiele musste alles vorbereitet sein. Motivation für diese grossartige Leistung fand die Projektgruppe in den tollen Ergebnissen. Das Projekt war ein voller Erfolg: Pro Durchführung besuchten bis 50 Jugendliche die Nachmittage, es wurde viel gelacht, ausgetauscht und eines wurde immer wieder klar: Egal wie unterschiedlich Kulturen sein mögen – Spiele, Musik und Lachen verbindet uns alle.

Das Projekt geht weiter!

Das Projekt konnte einen ersten, essenziellen Beitrag zur sozialen Integration von jugendlichen Asylsuchenden im Kanton Zug leisten. Für eine erfolgreiche Integration braucht es eben immer beide Seiten, auch die einheimische. Leider gibt es bis anhin nur wenige Projekte, in welchen diese wichtige soziale Integration gefördert wird. Das Projektteam ruft deshalb alle Lesenden dazu auf, solche Projekte zu unterstützen, sich in diesen zu engagieren oder gar selber ähnliche Projekte aufzubauen. Die Idee von Spielnachmittagen als Brückenbauer wollen die engagierten



Lachen verbindet – und überwindet Sprachbarrieren.

Jugendlichen auf jeden Fall weiterführen – die nächsten Ausgaben des Projekts «Jugend überwindet» werden sicher bald stattfinden. Freiwillige Helfende und jede andere Unterstützung sind herzlich willkommen! ■

Zum Abwinken

Von Ralph Hug, Zusammenfassung Redaktion BULLETIN

Seit den letzten Wahlen ist im Bundeshaus eine rechte Mehrheit am Drücker. Und sie marschiert hemmungslos durch: Das zeigt das Beispiel der Unternehmenssteuerreform III. Die Rechten packten bei der Beratung dieses Geschäfts im Nationalrat so viele neue Sonderrabatte und Schlupflöcher für Firmen und Aktionäre in die Vorlage rein, dass die SP das Referendum angekündigt hat. Die Kosten von zwei Milliarden Franken Steuerausfällen seien untragbar und gingen zulasten der Allgemeinheit, so seine Kritik. Der ungekürzte Artikel ist zuerst in der Zeitschrift «work» vom 7. April 2016 erschienen.

Die Rechten wollen aber nicht nur mehr Steuergeschenke für Firmen und Reiche. Sie möchten auch (noch) weniger Arbeitsgesetz. Mehr Profit dank weniger Schutz für die Arbeitnehmenden. Im Visier sind die Höchstarbeitszeiten und Ruhevorschriften. Diese sollen weg. Gleich zwei parlamentarische Initiativen der Ständeräte Konrad Graber (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) verlangen das. Keller-Sutter lobbyiert für den Warenhausverband Swiss Retail Federation, Graber für die Industrie (er sitzt im Verwaltungsrat der Emmi). Kommen ihre Pläne durch, müssten leitende Angestellte im Dienstleistungssektor faktisch länger arbeiten und hätten weniger Ruhezeiten. Als Begründung muss das alte Erpresserargument herhalten, die Arbeitsplätze würden sonst ins Ausland abwandern. Kein Reformchen zugunsten der Arbeitenden, gegen die Arbeitgeberverband und Economiesuisse derzeit nicht Sturm laufen. Der Ständerat lehnte im März sogar ein Programm für Wenigqualifizierte ab, die den Berufsabschluss nachholen möchten, um mehr Chancen auf einen Job zu haben. Die Patrons hätten mitzahlen müssen.

Werkplatz ade!

Bereits 50 000 Arbeitsplätze hat der massiv überbewertete Franken die Schweiz seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses gekostet. Und die Arbeitslosigkeit steigt. Erstmals

hat die Schweiz nun eine höhere Erwerbslosenquote als Deutschland. Doch die rechte Mehrheit und ihr Bundesrat Johann Schneider-Ammann bleiben untätig. Schauen zu, wie die Nationalbank mit ihrer falschen Währungspolitik den Werkplatz ruiniert. Der Markt soll's richten. Doch bisher hat er es nicht getan. Dafür verbreiten sich Wildwestmethoden auf Baustellen, Lohndumping grassiert. Aber auch dagegen will man nichts tun, schon gar nicht mit mehr schützenden Gesamtarbeitsverträgen. Dafür wird die neue harte rechte Mehrheit alles tun, um den Ausbau der AHV zu verhindern. Die vom Ständerat beschlossene bescheidene Erhöhung der Neurenten um 70 Franken soll rückgängig gemacht werden.

Energiewende ade!

Mehr Autos, mehr Strassen, weg mit der Energiewende: So heisst das Rechtsrutschprogramm im Bereich Umwelt. Die AKW sollen unbegrenzt weiterlaufen, obwohl Schrottreaktoren wie Beznau brandgefährlich sind. Nur wenige Tage nach der Gotthardröhrenabstimmung drückten die Rechten im Nationalrat auch ein FDP-Postulat durch, welches das Verlagerungsziel revidieren will. Dieses kam nach dem Ja zur Alpeninitiative in die Verfassung. Der Verkehr soll von der Strasse auf die Schiene gehen. Diesen Volksentscheid will die Rechte jetzt kippen. Dabei hatten ihre Exponenten noch vor der Gott-

hardröhrenabstimmung beteuert, sie würden am Verlagerungsziel nicht rütteln.

Solidarität ade!

Falsche Versprechen hier, dreiste Lügen da: Allen voran die SVP fordert, man müsse den Flüchtlingen «vor Ort» helfen. Dann hätten diese keinen Grund mehr zu flüchten. Und was macht die rechte Mehrheit im Bundeshaus? Sie will die Entwicklungshilfe runterfahren. Die Finanzkommission des Nationalrats entschied Ende März, dass nur noch 0,4 Prozent des Bruttonationalprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden sollen. Vor wenigen Jahren waren es noch 0,7 Prozent gewesen. SVP-Nationalrat und Blocher-Intimus Thomas Aeschi sagt es so: «Wir können uns das nicht mehr leisten.» Dagegen leisten sich die Rechten beim Militär und bei den Bauern alles. Der Ständerat winkte Anfang März mehr als eine halbe Milliarde Franken für die Nachrüstung der Duro-Militärlastwagen durch. Gegen alle Kritik. Und der Nationalrat sagte Ja zur Initiative für Ernährungssicherheit des Bauernverbands. Dabei blieb in der Debatte auch nach Stunden unklar, welche Folgen das Volksbegehren hätte. ■

Belastendes Entlastungsprogramm

Anastas Odermatt, Kantonsrat und Fraktionschef Alternative – die Grünen
Bild BULLETIN

8 **Vor mehr als einem Jahr informierte die Zuger Regierung über ihre «Massnahmen Entlastungsprogramm 2015–2018». Mit rund 268 Massnahmen soll die Kasse des Kantons um über 110 Millionen Franken «entlastet» werden.**



Kein Schwein gehabt: Das «Entlastungsprogramm» der Zuger Regierung trifft einmal mehr die Schwächsten.

Entlasten hiess und heisst aber vor allem eines: die Bevölkerung direkt belasten, Kosten an Gemeinden verschieben und damit wiederum die Bevölkerung belasten oder einfach nur Geld aus anderen Kässeli nehmen und damit diese Kässeli belasten, wobei damit ebenfalls die Bevölkerung belastet wird. Die verschiedenen Massnahmen wurden auf unterschiedlichen Ebenen angegangen: Eine Vielzahl von Massnahmen wurde durch den Regierungsrat in Eigenkompetenz beschlossen oder im Rahmen des Budgetantrags durch den Kantonsrat. Gegen diese Massnahmen kann sich die Bevölkerung nicht direkt wehren, sondern nur indirekt bei den nächsten Wahlen. Gegen vom Kantonsrat beschlossene Gesetzesänderungen kann die Bevölkerung das Referendum ergreifen.

Das hat der Kantonsrat in der ersten Lesung beschlossen:

- Der Eigen- und Fremdbetreuungsabzug für Familien wird von CHF

6 000 auf CHF 3 000 halbiert: Familien werden belastet.

- Senkung der Ergänzungsleistungen für HeimbewohnerInnen um bis zu 25 Prozent: IV-BezügerInnen und HeimbewohnerInnen werden belastet.
- Kompletstreichung der kantonalen Mutterschaftsversicherung: Mütter werden belastet.
- Kompletstreichung der kantonalen Arbeitslosenversicherung: Arbeitslose werden belastet.
- Anpassung der Berechnungsart für die Krankenkassenprämienverbilligungen nach unten: Alle, die nicht so viel Einkommen haben, werden belastet.
- Der Lebenslohn beim gesamten Staatspersonal, Lehrpersonen und Polizei wird gekürzt, die Altersentlastung bei Lehrpersonen wird gestrichen: Das gesamte Personal des Kantons wird belastet.

Gespart wird bei den Schwächsten
Das sind äusserst «gschämige» Mass-

nahmen. Ein Kanton, der eine Milliarde Franken auf der hohen Kante hat und standortmässig top aufgestellt ist, spart bei Armen, Alten, Kranken und Familien, bei Bildung, Kultur und Sozialem. Das ist nur schwer nachvollziehbar und des Kantons Zug einfach unwürdig. Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich doch daran, wie die Mehrheit mit den Minderheiten und den Schwächeren umgeht. Es darf doch nicht sein, dass Personen, die bereits benachteiligt sind, noch mehr benachteiligt werden. Die Kantonsratsfraktion der Alternativen – die Grünen hat sich bei allen oben genannten Belastungsmassnahmen gewehrt und sich für Solidarität und Gerechtigkeit eingesetzt und wird dies auch in der zweiten Lesung tun. Bleibt es beim jetzigen Leistungsabbau, werden wir das Behördenreferendum beantragen. Sollten wir damit nicht durchkommen, müssen wir als Partei ein Volksreferendum ergreifen. ■

Warum muss der Kanton Zug eigentlich sparen?

Die Regierung mit Rückendeckung des Kantonsrats hat mit ihrer wenig vorausschauenden Finanz- und Wirtschaftspolitik den Kanton Zug in die roten Zahlen geführt. Die Alternativen – die Grünen haben immer wieder davor gewarnt, dass die für die Standortattraktivität unnötigen (!) Steuersenkungen den Zuger Staatshaushalt gefährden würden. Werden immer mehr Steuererleichterungen bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum gemacht, kann es nur zu einem Kollaps führen. Die jahrelang vermeintlich funktionierende Strategie, mit Steuersenkungen mehr und «bessere» Steuerzahlende anzuziehen und so in kürzester Zeit wieder mehr Einnahmen zu haben, konnte auf Dauer nicht funktionieren. Dieser blinde Wachstumsglaube war und ist absurd.

Eine Behörde etabliert sich

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug

Die KESB sind schweizweit seit Anfang 2013 im Einsatz. Im Kanton Zug hat die Behörde bereits Hunderte von delikaten Fällen bearbeitet, Erwachsene in diversen alltäglichen, gesundheitlichen, familiären und finanziellen Belangen unterstützt und Kindern aus problematischen Verhältnissen Schutz geboten. Zu Beschwerden kommt es selten.

Geraten die Schweizer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in die Schlagzeilen, klingt es meist negativ oder anklagend. Die Behörde steht unter medialer Dauerbeobachtung. Mitarbeitende der KESB Winterthur erhielten im Nachgang zum Fall Flaach bekanntlich Morddrohungen, formuliert in der Anonymität des World Wide Web.

Kein Schreckensgespenst

Ist es wirklich so schlimm bestellt um diese interdisziplinäre Fachbehörde, die vor dreieinhalb Jahren die einstigen Vormundschaftsorgane abgelöst hat? Wird heute tatsächlich schlechtere Arbeit geleistet, als es früher der Fall war, als in kleinen Gemeinden oftmals nebenamtliche Laien dieses Amt versahen? Und vor allem: Agieren die Fachmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die im Auftrag der Kantone in teilweise hochsensiblen Themenfeldern tätig sind, wirklich so herzlos, stur und weltfremd, wie gewisse Kreise behaupten?

Die Antwort ist Nein. Richtig aber ist: Die KESB – ob in Zug oder anderswo – hat gelernt und insbesondere die interne und externe Kommunikation verbessert. Was wenig bekannt ist: Nicht selten erreichen die Zuger Behörde Rückmeldungen von Betroffenen, die sogar ausgesprochen froh und dankbar sind, dass die KESB sich für sie einsetzt. Sei es, weil ein Elternteil dem anderen das Besuchsrecht mit dem gemeinsamen Kind verweigert, sei es bei der Genehmigung von Kinderunterhaltsbeiträgen, Vereinbarungen bezüglich Sorgerecht, Vaterschaftsabklärungen, Familienbegleitungen, Validierungen

von Vorsorgeaufträgen, Abklärungen in Adoptionsverfahren oder bei der Errichtung von Beistandsschaften, die individuell auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind. Das Schreckensgespenst einer willkürlich, ohne jegliches Augenmass agierenden Behörde ist zu einem grossen Teil der Skandalisierung einseitig dargestellter Einzelfälle geschuldet. Einseitig auch deshalb, weil Behördenmitgliedern aufgrund von Amtsgeheimnis, Schweigepflicht und Datenschutz kommunikativ die Hände gebunden sind, und sie auf Angriffe in den Medien nicht direkt reagieren dürfen. Wie so oft in Fällen von komplexen familiären Angelegenheiten sind die Probleme und deren Ursachen jedoch äusserst vielschichtig und es liegt weder im Interesse noch in der Kompetenz einer Behörde, Eltern «einfach mal so» ihr Kind zu entreissen. Die Aufgabe der KESB besteht vielmehr gerade darin, als unabhängige Fachinstanz alle Beteiligten anzuhören, Sachverhalten auf den Grund zu gehen und am Ende fundierte und sachgerechte Entscheide zu fällen.

Sorgfältige Arbeit

Auch hier zeigt die Statistik, dass die Zuger KESB professionelle Arbeit leistet. Von insgesamt 2410 getroffenen Entscheidungen im Jahre 2015 wurde nur gerade in 37 Fällen Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht. Davon wurden 21 Beschwerden abgewiesen und in 13 Fällen steht das Urteil noch aus. In zehn Fällen wandten sich Personen im Zusammenhang mit KESB-Entscheiden an die kantonale Ombudsstelle. Grosse Arbeit bereitete der Zu-

ger KESB die hohe Anzahl von 494 Gefährdungsmeldungen, welche im Jahre 2015 eingereicht wurden. Sie gehen entweder von der Polizei, von Spitälern, Kliniken, Schulen, Gerichten, gemeindlichen Sozialdiensten, aber auch von Familienangehörigen oder der Nachbarschaft aus. Von Fall zu Fall wurde sorgfältig abgewogen, ob und – falls nötig – in welchem Rahmen darauf adäquat zu reagieren ist. In rund der Hälfte der Fälle wurde schliesslich eine entsprechende



Massnahme errichtet; zum Wohle von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen.

Die Zuger KESB, nunmehr dreieinhalb Jahre alt, ist auf dem besten Weg, erwachsen zu werden. Vergessen wir nicht: Die Aufbauarbeit wurde mit einer Laufzeit von mindestens fünf Jahren definiert. Im Jahre 2018 gilt diese offiziell als abgeschlossen. Dann werden wir eine Standortbestimmung vornehmen. ■

Bundesgerichtsurteil macht Karriere

Daniel Brunner, einer der Beschwerdeführer an der Grabenstrasse
Bild Redaktion

10

Der BGE vom Februar 2016 zur Zuger Grabenstrasse macht Strassenlärmgeplagten schweizweit Hoffnung. Auch für Hauptstrassen muss künftig die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit ernsthaft geprüft werden.

Schweizweit leidet gemäss BAFU tagsüber ein Siebtel und nachts ein Zehntel der Wohnbevölkerung unter zu viel Strassenlärm. Entlang der vielbefahrenen Kantons- und Gemeindestrassen in Unterägeri, Cham und Zug sind regelmässig die Immissionsgrenzwerte gemäss LSV überschritten. In vielen Liegenschaften an der unteren Ägeristrasse in Zug oder an der Nord-Südachse vom Gubelloch bis zum Casino wird sogar der Alarmwert erreicht, welcher eine Sanierung «dringlich» macht.

Allerdings gingen die meisten kantonalen Tiefbauämter, auch das zugerische, routinemässig davon aus, dass der Verkehrslärm aufgrund der örtlichen Gegebenheiten jeweils gar nicht gemildert werden könne. Also müssten Ausnahmen gewährt werden. Dieses Vorgehen war so erfolgreich, dass der Webauftritt des Kantons Zug noch immer stolz verkündet: «Strassenlärmsanierung auf Kurs». Formell gelten Strassen, welche das aufwendige Publikationsverfahren, zum Beispiel samt Verkehrsgutachten mit STL86+-Modell, hinter sich haben (hatten), nämlich als saniert – auch wenn sich an der tatsächlichen, zu hohen Lärmbelastung rein gar nichts geändert hat.

Bundesgericht stoppt Papiersanierungen (vorerst)

Auch der grösste Teil der Stadtkerndurchfahrt Zug, nämlich die Strecke vom Gubelloch bis zum Kolinplatz, wurde nach diesem Muster «lärmsaniert». Gestoppt wurde die Routine 2007 dank der Einsprache «Grabenstrasse» – welche aber vom Regierungsrat und vom Zuger Verwaltungsgericht abgelehnt wurde. Doch im September 2010 entschied das Bundesgericht klar gegen die Formel «Lärmschutzfenster und



Auf diesem Streckenabschnitt an der Nord-Südachse vom Gubelloch bis zum Casino wird der Alarmwert erreicht. Das macht eine Sanierung «dringlich». Im Bild der Abschnitt Grabenstrasse.

sonst gar nichts»: Als Lärmschutzmassnahme müsse auch Tempo 30 seriös untersucht werden. Denn Artikel 108 SSV verlange seit 1999 nicht mehr, dass die Reduktion einer Umweltbelastung oder die Verbesserung der Verkehrssicherheit erheblich sei, um eine tiefere als die Regelgeschwindigkeit (120 auf Autobahnen, 80 ausserorts, 50 innerorts) zu begründen.

Dieses erste Urteil wurde nun im BGE vom Februar 2016 bestätigt. Ein vom Kanton Zug bestelltes Gefälligkeitsgutachten mit negativen Aussagen zu den Auswirkungen von Tempo 30 wurde nicht akzeptiert.

Das Strassenlärmmodell STL86+ beziehungsweise dessen Aussage, dass Tempo 30 anstatt Tempo 50 lärmässig kaum etwas bewirke, hatte das BAFU aufgrund von neuen, von der EMPA begleiteten Messungen in einer Stellungnahme nämlich schlicht als «untauglich» bezeichnet.

Auslaufmodell Tempo 50?

In der Stadt Zürich hat der VCS dank des ersten Grabenstrasse-Urteils seit 2011 zahlreiche Papiersanierungen gestoppt. In Basel hat der Grosse Rat Tempo 30 auf zusätzlichen lärmbelasteten Hauptstrassen verlangt. Und seit diesem Jahr wissen die Betroffenen an zahlreichen lärmbelasteten Strassen quer durchs ganze Land, dass sie sich mit guten Chancen gegen die – wegen der vom Bund vorgegebenen Sanierungsfrist bis Ende März 2018 – derzeit zuhauf publizierten Papiersanierungen wehren können.

Tempo 50 in lärmbelasteten Stadtzentren ist deshalb ein Auslaufmodell. Wie lange allerdings wir Einsprechenden auf einen Tempo-30-Versuch warten müssen, ist noch nicht klar: Wir sind vom neuen Baudirektor, mitsamt VCS und Autoverbänden, auf Anfang Juli zu einer ersten Aussprache geladen. Und dank einer Interpellation von Andi Lustenberger (nach Redaktionsschluss) wird auch der Kantonsrat bald eine Diskussionsgelegenheit erhalten. ■

Abkürzungen

BAFU	Bundesamt für Umwelt
BGE	Bundesgerichtsentscheid
dB	Dezibel (Mass für Lärm)
EMPA	Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt
LRV	Luftreinhalteverordnung zum USG
LSV	Lärmschutzverordnung zum USG
SSV	Signalisationsverordnung zum SVG (Strassenverkehrsgesetz)
USG	Umweltschutzgesetz
STL86+	In der Schweiz gebräuchliches Berechnungsmodell zur Ermittlung der Lärmimmission des Strassenverkehrs.

Grün ist die Zukunft

Carla Hoinkes, Kampagnenleiterin Grüne Schweiz
Bild Grüne Schweiz

Mit der Umstellung auf eine ressourceneffiziente und nachhaltige Wirtschaft sollen Umweltprobleme wie Klimawandel, Urwaldabholzung und Überfischung bekämpft und natürliche Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Die Wegwerfwirtschaft soll langfristig durch eine Kreislaufwirtschaft abgelöst werden, die auf langlebige und umweltfreundliche Produkte setzt und Abfälle als Rohstoffe wiederverwendet. Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Grünen im Herbst 2012 die Volksinitiative für eine Grüne Wirtschaft eingereicht.

Ziel der Initiative ist es, die Umweltbelastung der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf ein global verträgliches Mass zu reduzieren. Nur so können wir langfristig unsere Lebensgrundlagen erhalten und verhindern, dass die Schweiz umweltpolitisch ins Hintertreffen gerät. Die Initiative schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und fördert Qualität und Innovation. Der Bundesrat hat den Handlungsbedarf erkannt und der Initiative als Gegenvorschlag die Revision des Umweltschutzgesetzes gegenübergestellt. Der Gegenvorschlag ist trotz grossem Engagement von Bundesrätin Doris Leuthard und der Unterstützung vieler Wirtschaftsverbände sowie 25 Kantonen im Parlament gescheitert. Unsere Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)», welche im September zur Abstimmung kommt, braucht es also mehr denn je.

Grüne Wirtschaft weltweit im Trend

Der UN-Gipfel Rio+20 zur Nachhaltigen Entwicklung hat die Grüne Wirtschaft offiziell auf die internationale Agenda gesetzt. Daran anknüpfend hat die Europäische Union im Dezember 2015 ein «Massnahmenpaket Kreislaufwirtschaft» verabschiedet. Sie will damit die Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und ein nachhaltiges Wachstum erreichen. Ziel ist es, eine maximale Wertschöpfung und Nutzung aller Rohstoffe, Produkte und Abfälle zu erreichen, Energieeinsparungen zu fördern und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.



Eine grüne Wirtschaft bietet zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Die «Vision 2050»

Auch in der Schweiz besteht hierzu ein grosses Potenzial. Das hat sogar die Economiesuisse 2012 im Dossier «Green Economy» erkannt: «Die Schweiz muss sich für Green Economy starkmachen und so auch die Positionierung der Schweizer Wirtschaft stärken. (...) Für die Schweizer Wirtschaft ergibt sich unter dem Stichwort Green Economy ein Wachstumsfeld.» Nach einem Wechsel des Dossierverantwortlichen hat der Wind leider gedreht. Mit ihrem Widerstand gegen die Kreislaufwirtschaft distanzieren sich Economiesuisse und die angeschlossenen Verbände und Firmen von der «Vision 2050», der internationalen Unternehmer-Agenda, welche bis in

die 2050er-Jahre einen Fussabdruck von eins anstrebt. Die EU und andere Länder gehen sogar noch weiter und wollen bis 2050 auch die Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent reduzieren.

Für eine Wirtschaft mit Zukunft!

Mehr Umweltschutz trifft in der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung.

Die Annahme der Initiative gibt ausserdem wichtige Impulse für zukunftsfähige Arbeitsplätze, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sowie Kosteneinsparungen durch mehr Energie- und Materialeffizienz. Konsumentinnen und Konsumenten profitieren von der Initiative dank Produkten mit längerer Lebensdauer und besseren Reparatur- und Wiederverwertungsmöglichkeiten. Die Initiative ist sowohl im Eigeninteresse unseres Landes als auch ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber Menschen in anderen Ländern und unseren Enkelkindern. Stimmen Sie am 25. September ja zur Initiative für eine Grüne Wirtschaft. Denn nur eine Grüne Wirtschaft ist eine Wirtschaft mit Zukunft! ■

Geplatze Träume

Natalie Chiodi

12

Während knapp zwei Wochen war ich im Flüchtlingscamp Idomeni an der griechischen-mazedonischen Grenze. In diesem Bericht schildere ich meine Erlebnisse. Das Lager von Idomeni wurde inzwischen geräumt und die Menschen verschoben. Die damit verbundene Problematik wurde ebenfalls verschoben. Die Hilfsorganisationen haben ihre Wirkungsstätten verlagert.

Am Tag meiner Rückkehr aus Idomeni am 28. April 2016 erschien im Kulturbund des «Tages-Anzeigers» ein Artikel mit der Überschrift «Es ist klüger, daheim politisch aktiv zu werden, als Flüchtlingen helfen zu gehen». Mag sein, dass TheoretikerInnen des effektiven Altruismus (die Theorie des effektiven Altruismus fragt danach, wie mit möglichst wenig Aufwand möglichst viele Leben gerettet oder verbessert werden können) einen Besuch in einem Flüchtlingslager als unklug betrachten. Auch ich habe mir vorgängig Fragen nach dem Nutzen meiner Reise gestellt und noch ein paar andere: ob der ökologische

Aufwand gerechtfertigt sei, ob ich nicht besser das Geld für den Trip sparen und es spenden sollte, ob meine Verwandten und Bekannten den Bettelbrief okay finden würden, ob ich mit dem, was ich sehen werde umgehen kann etc. Weiter steht im Bericht, dass es blosse «Charity» sei, die eigentlichen Probleme würden nicht bekämpft. Stimmt. Im Falle von Syrien ist manch eineR einfach so ohnmächtig gewesen, dass etwas «Charity» vielleicht doch besser als Nichtstun ist?!

Bloss Charity?

Nach knapp zwei Wochen in Idomeni habe ich mein persönliches



Die Grenze ist geschlossen. Knapp 160 000 Menschen sind alleine im Jahr 2016 auf dem Seeweg nach Griechenland gekommen, 49 Prozent davon aus Syrien. Im vergangenen Jahr waren es gut 855 000 Flüchtende, die in Griechenland gestrandet sind. Seit dem Februar 2016 ist die Balkanroute dicht.



Kinder auf der Flucht. 38 Prozent aller Flüchtenden, die zurzeit in Griechenland eintreffen, sind Kinder (22 Prozent Frauen und 40 Prozent Männer). Stand Mitte Juni 2016. (<http://data.unhcr.org/mediterranean/regional.php>)

Fazit gezogen: Ich bin überzeugt, dass die Anwesenheit von VoluntärInnen den Menschen in einem Flüchtlingslager eine Quelle des Trostes und der Hoffnung ist. Nicht die Hoffnung darauf, dass sich die Landesgrenzen – in diesem Fall zu Mazedonien – öffnen würden. Mit Hoffnung und Trost denke ich an das, was zwischen Menschen passiert, wenn man eine nette Geste aussendet und ein freundliches Wort platziert, eine Lebensgeschichte anhört, nachfragt wie es geht und zuhört, geduldig Fragen beantwortet etc. Damit meine ich: wohlwollende Interaktion zwischen Menschen. Und damit zeigt, dass Europa mehr ist als geschlossene Grenzen. Denn auch das Lindern eines kurzfristigen Bedürfnisses wie Durst löschen, kann in einem spezifischen Moment von grosser Wichtigkeit sein. Dieser Aspekt geht meiner Meinung nach in der eingangs erwähnten Aussa-

ge sowie im ganzen Bericht unter. Und nun zum politischen Aspekt: Solange VoluntärInnen in Idomeni oder anderen Camps anwesend sind, gehen die Menschen auf der Flucht weniger schnell vergessen.

Güterversorgung

Die Versorgung/Verteilung von Gütern ist eines der grössten Probleme in einem wilden Camp wie Idomeni. Die Verteilung von Gütern wie Wasser, Hygieneartikeln, Kleidern und Schuhen werden folgendermassen gelöst: Sie finden in der Nacht oder Morgendämmerung statt. Für eine solche Aktion benötigt man möglichst viele Personen. Wir haben dazu jeweils in der morgendlichen Dunkelheit abgemacht. Bei Schuhverteilungsaktionen hat beispielsweise am Vortag eine Gruppe – verstärkt durch einen Dolmetscher – in einem Teil des Lagers Schuhbestellungen aufgenommen, diese auf einen Zettel geschrieben und die jeweilige Zeltnummer dazu. Danach werden im Schuhdepot die Schuhe zusammengesucht, in einen neutralen Sack verpackt und mit der Zeltnummer beschriftet. Wenn dann die Verteilung stattfindet, geht man in aller Herrgottsfrühe beim entsprechenden Zelt vorbei, kündigt sich mit einem «Salam Aleikum, new shoes» an, öffnet den Reissverschluss des Zeltes, legt den Sack hinein, schliesst den Reissverschluss und entfernt sich ruhig. Auf diese Art und Weise kann zwar nur während ca. zwei Stunden Material verteilt werden, aber man kann vermeiden, dass es Menschaufläufe gibt oder dass nur die Schnellsten oder Vordersten etwas erhalten. Essen, v.a. warmes Essen, kann so natürlich nicht verteilt werden. Dafür müssen die Menschen in den Camps anstehen. Stundenlang. An einem Tag konnten wir eine Warenverteilung beobachten, wie sie nicht passieren sollte. Ein Bus mit einer Gruppe Studenten kam ins Camp gefahren und



Defekte Zelte erhalten eine neue Verwendung und werden zu symbolischen Hoffnungsträgern: Drachen steigen lassen gibt ein Gefühl von Grösse, und sie überwinden problemlos Grenzen!



Die Versorgung so vieler Menschen ist ein Hauptproblem bei einem solch grossen Lager, wie es Idomeni war. Immer wieder kommt es dabei zu Zwischenfällen.



Der Wind als Feind des Zeltes. Regelmässig werden die Zelte weggefegt. Sie sind nicht für einen solchen Einsatz gemacht. Im Hintergrund die stabilen Grosszelte von «Ärzte ohne Grenzen». Wer kann, organisiert sich trotzdem ein eigenes Zelt. Es bietet immerhin ein bisschen Privatheit.

hat angefangen sackweise Waren zu verteilen. Eine solche Distribution kann schnell mal unkontrollierbar werden, weil man ein paar Hundert Menschen einfach nicht mehr im Griff haben kann.

Hilfsbereitschaft

Neben der Hilfsbereitschaft der Menschen aus aller Welt fiel mir die unglaubliche Selbstlosigkeit vieler GriechInnen auf. Um noch einmal auf das oben erwähnte negative Beispiel einer Verteilung einzugehen: Es gab dann doch noch ein kleines Unglück. Einem Mann ist beim Handgemenge die Brille auf den Boden gefallen und dabei zerbrochen.

Der aufgesuchte Optiker hat ohne lange zu überlegen dem Mann ein neues Brillengestell geschenkt und ihm einen 50-prozentigen Rabatt auf die Gläser gewährt. Am Schluss hat er ihm ein «peaceful life» gewünscht. Das war ein rührender Moment. Solch positiven Erfahrungen machte ich am Laufmeter. Und das alles, obschon die wirtschaftliche Situation für viele Griechinnen und Griechen ohnehin schon schwierig genug ist.

Leben im Zelt

Die Flüchtenden leben in Zelten, oft teilen sich verschiedene Personen Kleinstzelte. Regen und Wind sind

ständige Feinde der billigen Zelte. Ich musste an einem Tag miterleben, wie heftige Winde unglaublich viele Zelte geknickt haben. Wir waren an diesem Tag damit beschäftigt, die Zelte mit Schnüren und Heringen zu verstärken. Ein fast aussichtsloser Kampf, mit dem Ziel, die noch intakten Zelte zu erhalten und jene, die schon defekt am Boden lagen, sein zu lassen. Eine pragmatische Anweisung, aber schwierig, es den Flüchtenden gegenüber zu begründen. Doch sind wir schlussendlich fast immer auf Verständnis gestossen. Ganz generell ist es mir unglaublich schwergefallen Menschen, die in einer so misslichen Lage sind, etwas nicht zu geben, um das sie bitten. Hier ein weiteres Beispiel mit den Plastikplanen: Wenn es bei zwei Zelten reinregnet und ich nur eine Plane habe, dann muss ich sie jener Partei verweigern, bei der es weniger Sinn macht bzw. bei der weniger Dringlichkeit besteht.

Begegnungen

Hilfsorganisationen übernehmen – in Absprache mit der Polizei – an verschiedenen Plätzen im Lager das



Idomeni ist Vergangenheit. Dieses Bild zeigt einen Ausschnitt vom Leben auf den Gleisen um den Bahnhof des Grenzortes Idomeni. Teilweise lebten bis zu 15 000 Menschen hier.

zeitweise Betreiben von Stromgeneratoren. In dieser Zeit sitzt ein Grossteil der Menschen mit ihren Mobiltelefonen um die Ladestationen. Auch dieser Service ist – neben der physischen Versorgung – sehr wichtig. Das Handy ist eine wichtige Brücke zur Aussenwelt – zur Familie im Herkunftsland und in der Fremde. Wenn wir mit unseren Handys den Ladeservice auch beanspruchten, setzten wir uns zu den Menschen an die Ladestation. Dabei durften wir immer wieder Fotos aus der alten Heimat anschauen und vom früheren Leben der Menschen erfahren. Auf diese Art und Weise kamen die persönlichen Schicksale sehr nah und man hat viele Menschen sofort ins Herz geschlossen. Wenn ich mir die Facebook-Accounts der Flüchtenden anschaute, habe ich mich immer wieder dabei ertappt wie ich mir dachte: Diese Menschen haben ja ein ganz normales Leben geführt! Oft ist es passiert, dass wir nach einem kleinen Wort austausch eingeladen wurden – zu einem Tee oder Kaffee. Anfänglich habe ich mich geziert, bis mir klar wurde, dass es wichtig ist, solche Einladungen anzunehmen: Das gibt dem Gegenüber Stolz und Würde zurück.

Schmuggel und Handel

Idomeni war ein zentraler Umschlagplatz für Menschenschmuggel. Täglich starteten Flüchtende von hier aus nach Mazedonien. Viele wurden erwischt, geschlagen und zurücktransportiert. Einige wenige schafften es so bis nach Deutschland. Ein bedenkliches Geschäft, das aber für viele die letzte Chance für ein Leben mit Perspektive ist. Ein Mann hat mir erzählt, dass die Reise nach Belgrad 1400 Euro kostet und von dort nochmals so viel nach Österreich. Die Zahlen schwanken extrem.

Ich konnte auch beobachten, dass der private Handel auf dem Camp täglich zunimmt. Eines Tages stand



Kinder vor der «Schule». Sie gibt den Kindern etwas Normalität in ihrem Lagerleben. Viele Kinder haben wegen den anhaltenden kriegsartigen Auseinandersetzungen z.B. in Syrien noch nie eine Schule besucht.

plötzlich eine Kaffeemaschine in der Nähe des Bahnüberganges. Was für ein Glück für mich! Der Mann, der sie bediente, hat sich so ein paar Euros verdient.

Dadurch dass einige Hilfswerke dazu übergegangen sind, auf dem Camp Feuerstellen aufzubauen, konnten die Menschen sich ihre Gerichte selber kochen. Aber natürlich nur, wenn Geld für Lebensmittel vorhanden war und man sich diese selber besorgen konnte.

Von Lesbos nach Idomeni

Im letzten BULLETIN hat uns ein Volontär von seinem Einsatz in Lesbos berichtet. Sein Bericht war der Auslöser für meine Reise. Während Lesbos das Ende einer schrecklichen Überfahrt unter Todesangst, aber auch Hoffnung auf einen Neuanfang in Europa darstellte, war Idomeni ein Symbol für das vorzeitige Ende einer Reise. Ein Lager, das entstanden ist, weil kein Durchkommen mehr war. Und ein Ort, wo die Hoffnung täglich kleiner wurde und viele Träume begraben sind. ■



Kleider aus der Schweiz tauchen plötzlich im Flüchtlingslager auf und lösen ein Staunen bei der Betrachterin aus. Der nette alte Herr freut sich, dass er mich überrascht hat. In der Nähe von Idomeni haben Hilfsorganisationen zusammen ein Kleiderdepot betrieben.

Kein Ausverkauf des Planeten

Prof. Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD Schweiz

16

Die Länder des Südens haben sich erfolgreich gegen die ungleichen Markt Voraussetzungen und die weitere Ausbeutung gewehrt und die Doha-Runden ins Stocken gebracht. Das wollen sich die reichen Industriestaaten nicht bieten lassen und verhandeln auf Initiative der mächtigen Konzerne hinter verschlossenen Türen neue Freihandelsabkommen.

TTIP (Transatlantic Trade & Investment Partnership) zwischen den USA und der EU und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen Kanada und der EU sind praktisch verhandelt und auf dem Weg der Ratifizierung. Wird die EU ratifizieren, muss die Schweiz aufgrund der bilateralen Verträge nachvollziehen. Beide Verträge wollen alle Güter und Dienstleistungen – auch Landwirtschaftsprodukte –, die nicht explizit auf einer Negativliste ausgenommen worden sind, dem freien Handel preisgeben. Für die Umwelt- und Gesundheitspolitik fatal wäre, dass neu jedes Produkt zugelassen würde, solange bis der Beweis der Schädlichkeit erbracht wurde. Den Firmen wird wegen Marktbeschränkung gar ein Klagerecht gegen Staaten bei einem privaten Schiedsgericht eingeräumt. Will ein Staat den freien Markt einschränken, kann ihn das horrenden Summen kosten. Wir kennen dies aus bestehenden Verträgen; aktuell sind beim Privatgericht der Weltbank, dem International Centre for Settlement of Investment Disputes ICSID in Washington 185 Streitfälle pendent. Zwei Beispiele: Ein Bergbauprojekt des US-Konzerns BILCON hielt der kanadischen Umweltverträglichkeitsprüfung nicht stand und darf nicht gebaut werden. Im März 2015 verurteilte das ICSID Kanada zu einer Zahlung von 30 000 000 Dollar an BILCON! Deutschland beschloss den Atomausstieg. Die Firma Von Vattenfall klagte und Deutschland wurde zu einer Busse von 4 000 000 000 Euro verurteilt! Solche Abkommen sind zutiefst undemokratisch, beschneiden die Grundbedürfnisse der Menschen

und dienen einzig der Gewinnmaximierung weniger. Schon heute besitzen gerade 64 Personen die Hälfte des Weltvermögens. Eine derartig ungleiche Verteilung verdient keine weitere Beförderung. Schliessen wir uns dem weltweiten Protest gegen diese gefährlichen Abkommen an!

Nun auch noch die Dienstleistungen!

Und wäre obiges nicht schon schlimm genug, wird in den WTO-Räumen in Genf unter Mitarbeit der Schweiz das Freihandelsabkommen über Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement) diskutiert. Die plurilateralen Verhandlungen laufen ausserhalb jeglicher demokratischer Strukturen und in völliger Geheimhaltung. Die 24 Industriestaaten, die TiSA vorantreiben und zusammen Dreiviertel des Dienstleistungsvolumens besitzen, nennen sich «The Really Good Friends of Services» – die Verhandlungsführenden sind allerdings alles andere als Freunde der öffentlichen Dienstleistung. Sie wollen alle Dienstleistungen, insbesondere des Service public dem globalen Markt öffnen: Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr usw. Damit wäre künftig nicht mehr gesichert, dass ein breiter und qualitativ guter Service public für alle bis in die Randregionen angeboten werden kann. Trinkwasser, eine gute Bildung oder eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung wären also möglicherweise nur noch privat zu beziehen und – wie andere Länder zeigen – damit für einen grossen Teil der Bevölkerung nicht mehr bezahlbar. Der Zugang zu lebenswichtigen Gütern bleibt damit vielen Menschen

verwehrt und die Chancengleichheit für alle wird meilenweit zurückgeworfen. Ein ungeheurer Rückschritt, den wir nicht riskieren dürfen!

Mit diesen separaten Verhandlungen werden nicht zuletzt die Länder des Südens ausgetrickst. Das TiSA-Abkommen wird nach dem Geschmack der reichen Industrieländer gebaut und alle anderen Länder werden faktisch gezwungen, die Regeln zu übernehmen.

Unkündbare Verträge, kein Weg zurück!

Ausgesprochen störend ist, dass diese Verträge unkündbar und noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen die Resultate geheim bleiben sollen. Die Bevölkerung wird also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Zusätzlich zu diesem undemokratischen Vorgehen verhandelt der Bundesrat ohne korrektes Mandat: Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen Doha-Mandates, obwohl TiSA ausserhalb der WTO und nach neuen Spielregeln funktioniert.

Mit TiSA sollen fünf Elemente eingeführt werden, die der schweizerischen Demokratie fundamental widersprechen: Jeder Vertragsstaat muss zuerst eine Negativliste erstellen, welche die Dienstleistungen auflistet, die von der Marktöffnung, ausgenommen sind. Für alles, was auf der Liste fehlt, gilt zwingend die Marktöffnung und künftige Leistungen wären automatisch privat. Darunter fallen auch kommunale Strukturen. Mit der Standstill- und der Future-Clause wird bestimmt, dass die Regulendichte nach der Vertragsunterzeichnung nicht mehr erhöht werden darf. Alle zukünftigen Gesetze, die den freien Markt einschränken, wären nicht möglich oder zögen womöglich Milliardenklagen nach sich. Alle künftigen Dienstleistungen (bspw. ein neuer Energieträger) wären zwin-



Durch die Umsetzung des «Trade in Services Agreement» steigt die Gefahr, dass der Notfalldienst wie hier auf dem Bild im Kantonsspital Baar, nicht mehr jedeR leisten könnte!

gend dem globalen Markt unterstellt. Viertens wird mit der Ratchet-Clause sichergestellt, dass eine einmal beschlossene Deregulierung nicht mehr zurückgenommen werden kann. Demokratische Entscheidungsprozesse würden übergangen und, um die Politik wirklich in die Mangel zu nehmen, sieht auch TiSA eine Klagemöglichkeit von Konzernen gegen Staaten vor. Die Gemeinde Emmen bspw. hat ihr Trinkwasser privatisiert und die Stadt Winterthur will ihre Stadtwerke inkl. Wasser privatisieren. Nestlé kauft sich weltweit laufend weitere Wasserrechte. Ob Emmen oder Winterthur, wenn später auch bei ihnen die Einsicht gewachsen ist, dass Wasser immer in der öffentlichen Hand bleiben muss, dieses wieder zurekommunalisieren, ist bei einer Milliardenklage von bspw. Nestlé unwahrscheinlich! Wollen wir wirklich am Gängelband einiger Multis hängen?

Service public an Private?

Das SECO, aufgeschreckt durch die kritischen Fragen des VPOD, beteu-

ert, dass in der schweizerischen Offerte der Service public ausgeschlossen sei. Mittlerweile ist aber bekannt, dass neben dem eigentlichen Vertrag zusätzliche Anhänge diskutiert werden, die auch Gültigkeit haben sollen für einen Bereich, der via Negativliste ausgenommen wäre. So hat das SECO bestätigt, dass über Anhänge zu Telekommunikation, elektronischem Handel, Transparenz, Transport, Post, Energie, öffentlichem Beschaffungswesen, Professional Services (bspw. Gesundheit, Bildung?), staatlichen Firmen (neben SBB und Post auch Schulen und Spitäler?) – das meiste wichtige Bereiche des Service public! – verhandelt wird.

Die Protestbewegungen gegen TiSA, TTIP und CETA haben sich in der Schweiz und weltweit formiert. Es braucht ein starkes Zeichen der Gesellschaft und der Politik, das dieses undemokratische und gefährliche Vorgehen stoppt. Zur Erinnerung: Vor zehn Jahren hat der weltweite Protest, den die Grünen aktiv unterstützt haben, zur Blockade der GATS-

Verhandlungen geführt. Zurzeit läuft eine vom VPOD lancierte Petition «StopTiSA», die bereits von einigen Tausend Personen unterschrieben worden ist. Ein breites Bündnis, dem die Grünen angehören, hat sich gebildet und will u.a. am 8. Oktober eine grosse Demo in Bern durchführen. In verschiedenen Städten und Gemeinden sind vorwiegend von GrüneMitgliedern Vorstösse für TiSA-freie Zonen in den Parlamenten eingereicht worden. Zudem soll abgeklärt werden, wie gegen den Bundesrat Klage erhoben werden kann und er die Bevölkerung informieren muss. Carouge, Bern, auf meine Initiative auch Zürich und weitere Gemeinden und Städte haben sich bereits zu TiSA-freien Zonen erklärt. Macht mit, schliesst Euch dem Widerstand an, damit wir diese gefährlichen Verträge stoppen können.

TiSA torpediert die Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Setzen wir ein Zeichen für einen starken Service public und eine offene, faire Demokratie mit einer «TiSA-freien Zone Schweiz». ■

Atomausstieg, ja bitte!

Text Urs Scheuss, stv. Generalsekretär Grüne Schweiz
Bilder Paula Gisler

18

Volk und Stände werden am 27. November über den geordneten Atomausstieg entscheiden. Der Ausstieg steht dann zwar freilich nicht zum ersten Mal auf der Abstimmungsagenda, jedoch standen die Zeichen für den energiepolitischen Durchbruch noch nie so gut wie 2016.

Die Schweiz braucht keine Atomkraftwerke. Das ist sicher. Die Erzeugung von Atomstrom gleicht sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich einem russischen Roulette. Dabei gibt es Alternativen in Fülle: Erneuerbare Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Umweltwärme ist mehr als genug vorhanden. Auch in der Schweiz. Entscheidend ist ihr gezielter Einsatz in Verbindung mit mehr Energieeffizienz. Daran orientiert sich die Volksinitiative für den geordneten Atomausstieg. Sie fordert das Bau- und Betriebsverbot für neue AKW und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende AKW. Wenn es die Sicherheit verlangt, müssen AKW früher abgeschaltet werden. Darüber hinaus fordert die Initiative eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der erneuerbaren basiert.

AKW-Neubauverbot reicht nicht

Die Initiative wurde nach der Kernschmelze im AKW Fukushima 2011 von den Grünen in einer breiten Allianz mit anderen Organisationen gestartet. Nach der Lancierung hat das Parlament im Rahmen der Energiestrategie 2050 entschieden, dass keine neuen AKW mehr gebaut werden dürfen. Die Ausserbetriebnahme der alten AKW – der eigentlichen Risiken – sieht der Parlamentsentscheid aber nicht vor. Aus diesem Grund braucht es die Initiative für den geordneten Atomausstieg. Nur sie reduziert das Risiko eines Super-GAU wie in Fukushima. Wichtig: Die Initiative ist kein Gegenprojekt zur Energiestrategie 2050, sondern ergänzt und vervollständigt sie mit der maximalen Betriebsdauer für die bestehenden fünf Atomreakto-

ren. Durch die damit einhergehende schrittweise Abschaltung der AKW bis 2029 entstehen Planungssicherheit für die ganze Schweizer Strompolitik und Investitionssicherheit für die vielen kantonalen und kommunalen Elektrizitätswerke.

Die ältesten AKW der Welt

In der Schweiz ist der weltweit älteste AKW-Park in Betrieb und mit Beznau I sogar das älteste AKW der Welt. Es steht im 47. Betriebsjahr und hat mit gravierenden Sicherheitsproblemen zu kämpfen, die sich mit keinen Nachrüstungen beheben lassen. Zudem wurde noch nie ein AKW länger kommerziell betrieben als Beznau I – das ist ein brandgefährlicher Feldversuch. Beznau I darf nie wieder ans Netz. Radioaktivität, Druckbelastung und hohe Temperaturen verursachen einen grossen Material- und Maschinenverschleiss. Die Anlagen müssen permanent erneuert werden. Zentrale Bauteile wie der Reaktor lassen sich aber nicht erneuern. Damit steigt täglich das Risiko, dass auch hierzulande ein Unglück geschieht. AKW sind nicht sicher – auch nicht in hoch industrialisierten Ländern mit hohen Sicherheitsansprüchen. Die Beteuerungen der Atomindustrie, wie unwahrscheinlich ein Super-GAU sei, wurden in Tschernobyl und Fukushima widerlegt.

AKW sind unrentabel und teuer

Der Atomstrom ist bereits heute teurer als Strom aus Wasserkraft – kommt hinzu, dass die Kosten für die Entsorgung des Atommülls, die eigentlich dem Atomstrom aufgebürdet werden müssten, von den Betreibern viel zu tief veranschlagt werden. Alleine auf die AKW Gösgen

und Leibstadt warten in den nächsten fünf bis zehn Jahren Investitionen von gegen eine Milliarde Franken, wenn sie weiterbetrieben werden sollen. Die Risiken eines Weiterbetriebs übernehmen jedoch wir alle, denn keine Versicherung der Welt deckt Schäden aus Atomunfällen. Auch nicht in der Schweiz. Insgesamt gibt die Schweiz jährlich rund 180 Mio. Franken für Kernbrennstoffe aus der endlichen Ressource Uran aus. Geld, das besser im Inland investiert würde. Ausserdem ist schon heute bestätigt, dass die Produktionskosten für erneuerbare Energien laufend sinken. Die Atomkraft hingegen kämpft mit steigenden Grenzkosten. Das zeigt die Preisentwicklung der letzten Jahre deutlich.

Schrittweiser Ausstieg ist die Lösung

Die Energiestrategie 2050 ist ein guter Plan. Er weist der Schweiz den richtigen Weg in die Energiezukunft. Bis ins Jahr 2050 soll demnach unsere



Der Atomausstieg wird von einer Grosszahl der Schweizer Bevölkerung befürwortet.

Energieversorgung zum grossen Teil auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien basieren. Damit dies passiert, muss der alte nukleare Kraftwerkspark vom Netz genommen werden. Das Parlament hat es jedoch verpasst, diesen zentralen Teil der neuen Energiestrategie verbindlich zu regeln. Zwar gibt es ein Neubauverbot im Gesetz; es fehlen aber die Regelungen zur schrittweisen Ausserbetriebnahme der bestehenden alten AKW. Das steigert die Risiken; denn: Je älter ein AKW ist, desto riskanter dessen Betrieb. Die Initiative schliesst diese zentrale Lücke der Gesetzgebung auf Verfassungsstufe und sorgt dafür, dass die AKW gestaffelt (2017, 2024 und 2029) vom Netz gehen. Maximale Laufzeiten reduzieren zudem das Klumpenrisiko von langen, teuren Ausfällen wie aktuell jenem von Beznau I. Solche Ausfälle werden sich mit zunehmendem Alter der AKW häufen.

Wir können uns den Ausstieg leisten

Kaum ein anderes Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz. Rund 60 Prozent unserer Stromversorgung liefert die einheimische Wasserkraft, zuverlässig und seit vielen Jahrzehnten. Neue Energien werden schrittweise ausgebaut und haben grosses Potenzial: Wasser, Sonne, Wind, Biomasse, Holz. Insgesamt 40 000 Energieprojekte stehen auf der KEV-Warteliste des Bundes bereit und können umgesetzt werden. Sie alleine ersetzen uns den Atomstrom aus den drei AKW Mühleberg, Beznau I und Beznau II. Sonne und Wind stehen praktisch unerschöpflich zur Verfügung. Sie müssen – im Gegensatz zu Erdöl, Gas und Uran – weder beschafft noch angeliefert werden. Sie sind hier bei uns, vor Ort verfügbar und machen uns unabhängig von teuren Rohstoffimporten aus politisch kritischen Weltregionen. Zudem ergänzen sich Wasserkraft und Solar- und Windkraftwerke optimal:



Auf dem Bild ist das uralte Flusskraftwerk vor dem alten Kernkraftwerk zu sehen.

Die in den Stauseen gespeicherte Energie versorgt die Schweiz dann mit Strom, wenn weder Sonne noch Wind verfügbar sind.

Energiewende sichert Arbeitsplätze und Einkommen

Der Betrieb eines AKW schafft nur wenige Arbeitsplätze in der Schweiz. Pro Reaktor arbeiten etwa 400 Beschäftigte. Ganz anders sieht es bei den erneuerbaren Zukunftsenergien aus. Sie schaffen dauerhafte und sinnstiftende Arbeitsplätze im Inland, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen. Die erneuerbare Energiewirtschaft hat in Deutschland in den letzten 20 Jahren 27 AKW in der Grösse von Mühleberg mit erneuerbaren Energien ersetzt und dabei rund 300 000 Arbeitsplätze geschaffen. Mit fixen Abschaltkosten lässt sich der Zubau bei Erneuerbaren und die nötigen Effizienzmassnahmen planen – dies sorgt auch in der Schweiz für Tausende stabile Jobs.

Stromschwemme, nicht Stromlücke

Bis heute ist keine der Vorhersagen einer Stromlücke eingetroffen. Ganz einfach, weil die zugrunde liegenden Annahmen falsch waren. Die Deckung unseres künftigen Strombedarfs ist vollständig mit erneuerbaren Energien und verbrauchssenkenden Massnahmen möglich. Auch die vorsichtigen Berechnungen des Bundesamtes für Energie zeigen die realistischen Möglichkeiten des ökologischen Umbaus der Stromversorgung auf. Selbst eine noch so rasante Entwicklung der Elektromobilität können wir mit der Losung «erneuerbar und effizient» bewältigen.

Ja zur Atomausstiegs-Initiative

Fazit: Die Schweiz kann und soll aus der Atomenergie aussteigen. Die Volksinitiative sieht einen Ausstiegsplan bis 2029 vor und sorgt damit für Ordnung und Planungssicherheit, klare Gründe für ein deutliches Ja zur Atomausstiegs-Initiative. ■

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Martin Stuber, Copräsident Komitee Zimmerberg light, Zug
Bild SBB-Rahmenplan Baar-Zug

20

Das Jahrhundertbauwerk Gotthard-Basistunnel ist eine bautechnische und logistische Meisterleistung. Im krassen Gegensatz dazu steht der Zustand der Nord-Süd-Arterie nicht nur ausserhalb, sondern auch innerhalb der Schweiz, unter anderem zwischen Thalwil und Baar, mit seinen anachronistischen Einspurabschnitten. Dadurch wird der Effekt der 24 Milliarden teuren NEAT drastisch verkleinert. Wenn es nach SBB und Zuger Volkswirtschaftsdirektion geht, wird das noch lange so bleiben.

Seit kurzem ist es offiziell – die SBB gehen davon aus, dass das grösste Nadelöhr der Nord-Süd-Arterie innerhalb der Schweiz frühestens 2040 geschlossen sein wird. So steht es im SBB-Rahmenplan Baar-Zug vom 29. Februar 2016. Kenner hatten sich gewundert – weshalb bloss veröffentlichten die SBB diesen Rahmenplan zu einem Zeitpunkt, wo die Planungen für den «STEP Ausbauschritt 2030» (Strategisches Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur) des Bundesamts für Verkehr (BAV) in vollem Gang sind? Weshalb suggerieren die SBB damit eine Planungshoheit, die sie gar nicht mehr haben? Der Rahmenplan hat keinerlei rechtliche Verbindlichkeit. Hört man sich in der Branche etwas um, so heisst es, der Leiter des Zuger Amtes für öffentlichen Verkehr (AöV) habe darauf gedrängt. Wird diese Information mit dessen Reaktion auf den Rahmenplan in der «Neuen Zuger Zeitung» vom 27. April kombiniert, liegt der Schluss nahe: Im AöV hat man sich damit abgefunden, dass es bis 2040 keine Verbesserung beim Nadelöhr Thalwil-Baar gibt. Stattdessen soll ein Pflöcklein eingeschlagen werden für die Stadtbahn-Haltestelle Baar-Sennweid.

Ein Zuckerli?

Ist es nur eine böartige Vermutung, dass die Stadtbahnhaltestelle Baar-Sennweid das Zuckerli dafür ist, damit das Zuger AöV darauf verzichtet, Druck für eine schnelle Schliessung des Engpasses zu machen? Denn dieser Druck heisst bei der heutigen

Ausgangslage: Baut die Stammstrecke zwischen Horgen und Baar aus – spricht Zimmerberg light.

Die Stadtbahnhaltestelle Baar-Sennweid ist ein Murks wie der Ausbau der Haltestelle Oberwil. Damals hätte man nämlich gescheitert die Ausweichstelle Murpflü realisiert. Dann hätten wir schon länger den durchgehenden Halbstundentakt auf der S2 bis Arth-Goldau und das ganze Drama um die Doppelspurerweiterung in Walchwil wäre nicht nötig gewesen! Aber die SBB hatten offenbar andere Pläne ...

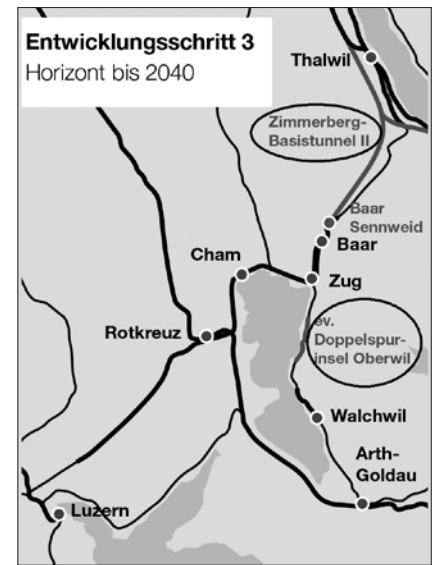
Die Haltestelle Baar-Sennweid ist ein Murks, weil es die Endhaltestelle der S1 wäre. Dort ist aber kein Platz für ein Stilllager, weshalb die S1 weiterfahren müsste auf ein Ausweichgleis vor dem Tunnel Littli. Womit kaum mehr Platz wäre für den Ausbau der Stammstrecke. Mit dem Murks Baar-Sennweid gibt es nur noch den Zimmerberg-Basistunnel (ZBT II).

Geht es noch länger?

Was aber passiert, wenn die Bundesfinanzen für den Bahnausbau in den nächsten Jahrzehnten spärlicher als erhofft fliessen? Was passiert, wenn die Zentralschweiz bahnpolitisch im Vergleich zum magischen Dreieck (Zürich/Winterthur-Bern-Basel) weiterhin so impotent und ungeschickt agiert? Was passiert, wenn die Zuger Verantwortlichen weiterhin stur am ZBT II festhalten und die naheliegende schnellere Lösung verpassen?

Passive Zentralschweiz

Mit FABI wurde den SBB die alleinige Planungshoheit für den Aus-



So sieht die Zukunft gemäss SBB-Planung aus: Wir warten noch mindestens 25 Jahre, bis das Nadelöhr zwischen Thalwil und Baar beseitigt ist.

bau ihrer Bahninfrastruktur entzogen. An sich zielführend wurde ein Planungsprozess aufgesetzt, in dem sechs Planungsregionen ihre regionalen Bedürfnisse kurz-, mittel- und langfristig formulieren. Und zwar ihre Angebotsbedürfnisse! Das BAV leitet dann den Infrastrukturbedarf ab, bewertet diesen und setzt die Prioritäten für den Ausbauschritt. Das Ganze mündet in einer Vorlage ans Bundesparlament Ende 2018 für den nächsten Ausbauschritt. Das haben die Zentralschweizer Kantone noch nicht begriffen. Sie haben den Auftrag des BAV, ihre Angebotsplanung für STEP 2030 zu erarbeiten, flugs an die SBB weitergegeben, inkl. gewünschte Infrastruktur, und so ihre Rolle nicht wahrgenommen.

Frische Ideen nötig

Es gibt leider nur wenige Journalisten, welche das Know-how und den Mut haben, sich mit den SBB diesbezüglich anzulegen und mit den weiter oben gestellten grundsätzlichen Fragen auseinanderzusetzen. Einer der wenigen ist Paul Schnee-

berger von der «Neuen Zürcher Zeitung». In einem Grundsatzartikel mit dem Titel «Ein Ideenwettbewerb für die Bahn» hat er es am 24. November 2015 gewagt, unbequeme Fragen über die Effizienz dieses Ausbaus im Vergleich zu anderen möglichen Konzepten zu stellen. Sein Artikel mündet in der Schlussfolgerung: «Der Ausbau des schweizerischen Bahnnetzes verdient im Interesse einer optimalen Abstimmung auf landesplanerische Perspektiven und einer höchstmöglichen Effizienz des Mitteleinsatzes einen ernsthaften Wettbewerb konzeptioneller Ideen.» Dazu wird es politischen Druck brauchen. Der wachsende Spardruck ist deshalb vielleicht gar nicht so schlecht.

Sanierungstunnel am Zimmerberg

Ohne politischen Druck wird auch am Zimmerberg nichts gehen. In einer kürzlich eingereichten Motion von Philip C. Brunner und KöV-Präsident Jürg Messmer (beide SVP) verlangen KantonsrätInnen aus allen Parteien, dass sich die Regierung für den raschen Bau eines Sanierungstunnels zwischen Sihlbrugg und Horgen einsetzt. Denn der bestehende Einspur-Tunnel muss im kommenden Jahrzehnt unter laufendem Betrieb saniert werden. Was das heisst, haben die PendlerInnen zwischen Luzern, Zug und Zürich letzthin schmerzhaft erlebt, als kurzfristige Reparaturarbeiten am Albi-tunnel für ungeplante Unterbrüche sorgten. Der Charme der Idee ist, dass dieser Bau im Rahmen des Substanzerhaltes abgewickelt werden könnte, finanziert durch die Leistungsvereinbarung zwischen Bund und SBB. Und somit unter Gesichtswahrung aller Beteiligten der Ausbau der Stammstrecke doch noch vor 2030 Wirklichkeit würde. Die Hoffnung stirbt zuletzt. ■

Pro Bahn Zentralschweiz macht Druck

In politischen Kreisen wird Pro Bahn oft noch als sehr SBB-nahe Bahnkunden-Organisation wahrgenommen. Die Zentralschweizer Sektion von Pro Bahn ist zwar sehr nahe dran an den SBB, aber hartnäckig kritisch und auch erfolgreich.

An der grossen Gotthard-Eröffnung machte Pro Bahn auf die Problematik der Zukunft der Bergstrecke aufmerksam, mit einer Umfrage, welche mit 700 TeilnehmerInnen schon ziemlich repräsentativ ist. Resultat: grosse Unzufriedenheit mit dem neuen Regime ab Dezember 2016.

Die Präsidentin Karin Blättler erläuterte an der GV im Juni schonungslos, wie im Nord-Süd-Verkehr Luzern gemäss Referenzkonzept 2025 statt der mit FABI versprochenen Verbesserungen sogar noch Verschlechterungen hinnehmen müsste.

www.pro-bahn.ch/de/10/238/Zentralschweiz

Stillstand in Walchwil

Die SBB waren gewarnt. Wirklich ernst genommen haben sie es nicht, ebenso wenig wie die Zuger Volkswirtschaftsdirektion. Die Erweiterung der Doppelspurinsel in Walchwil steht vor dem Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen, und das Verfahren zieht sich hin, weil die Anliegen der Einsprecher dort ganz offensichtlich ernst genommen werden. Denn ansonsten wäre der SBB-Antrag auf Entzug der aufschiebenden Wirkung wohl durchgekommen. Positiver Nebeneffekt: Die Sperrung zwischen Zug und Arth-Goldau ist bis auf weiteres vertagt.

Wenn die von den Einsprechern aufgeworfene Frage der Zuständigkeit für die Trassenvergabe greifen sollte, müsste das Plangenehmigungsverfahren wohl nochmals neu durchgeführt werden. Und dann wäre definitiv der Zeitpunkt gekommen, nochmals radikal über die Bücher zu gehen.

Lonely Fight

Die Redaktion

22

Seit 40 Jahren führen die Zuger Alternativen einen einsamen Kampf gegen die Rohstoffmultis. Aus diesem Anlass illustrieren wir den alternativen Widerstand gegen Marc Rich. Dieser war zum Entsetzen praktisch aller Medien am 20. Januar 2001 von Bill Clinton begnadigt worden.



COLUMN ONE

Swiss Gadfly Turns Marc-Rich Bashing Into a Real Career

For 20 Years, Green Leader Has Fought a Lonely Fight

But He's Steadily Winning Converts

By MATTHEW KARNITSCHNIG
STAFF REPORTER

ZUG, Switzerland — Hundreds of people in this Alpine village praise Marc Rich for enriching their town and fattening their wallets. But few are as grateful as local Green politician Josef Lang, a former Trotskyite who has made a career out of bashing the billionaire financier.

"Marc Rich is largely to thank for my success," Mr. Lang says with a wry smile.

The controversy surrounding Mr. Rich grew on Thursday, as a U.S. federal prosecutor launched a criminal investigation into whether money played a role in former President Bill Clinton's last-minute decision to pardon him (see article on page 2). But Mr. Lang was well ahead of this curve.

Mr. Lang — a 46-year old with outsized horn-rimmed glasses who shuns cars, rides his bike everywhere and smokes cigarillos — has been hammering away at Mr. Rich for nearly 20 years. He has questioned Mr. Rich's dealings with Gen. Augusto Pinochet; lambasted him for trading with South Africa during the United Nations embargo on the country; and harped on his close ties to the local political establishment. On one occasion, Mr. Lang even helped strikers at a Rich-owned aluminum plant in West Virginia to wring better working conditions out of the financier.



Josef Lang

His ultimate goal: to get the Swiss government to crack down on traders who, in his view, "are plundering the resources of the Third World."

The crusade is a hard sell in tiny Zug (population: 24,000), a medieval lakeside village where Mr. Rich provides jobs as well as tax revenue. Mr. Rich today employs roughly 400 people in Zug, most of them Swiss. Over the years, he has employed hundreds more, many of whom became millionaires in the process. Zug's mayor, Walther A. Hegglin, once summed up local sentiment this way: "What's good for Marc Rich is good for Zug."

Despite these vested interests, Mr. Lang has managed to convince a sizable minority of local Swiss voters that his cause is just. Thanks largely to his anti-Rich campaign, Mr. Lang's chapter of the Socialist Green Alternative party is the most successful in Switzerland outside Geneva: The party today holds five out of 40 seats in the Zug town council and 10 out of 80 in the parliament for the canton of Zug. And Mr. Lang continues to win converts among voters who crave a change from Switzerland's culture of numbered bank accounts and tax shelters.

"The left-wing party is the only one that is willing to address the moral questions," says Gisela Huerlimann, PLEASE TURN TO PAGE 10, COLUMN 1

Am 20. Januar 2001 beging Bill Clinton in seiner letzten Amtshandlung den grössten Fehler seiner Karriere: Er begnadigte Marc Rich! In den USA, aber auch andernorts löste das einen mehrmonatigen Sturm der Ent-rüstung aus. Auf Rich wartete seit 1983 wegen dem grössten Steuerbe-trug in der Geschichte der USA, ver-botenen Geschäften mit dem Iran während der Geiselafläre und ande-ren Vergehen ein Strafantrag auf 325 Jahre Gefängnis.

Die meisten wichtigen Zeitungen und TV-Stationen der USA und Grossbritanniens kamen im Laufe des Februars 2001 nach Zug. Und hier gab es nur eine Ansprechpartne-rin, die sowohl etwas zu sagen hatte als auch bereit war, etwas zu sagen: die alternative Linke. Nicht ganz zu-fällig hatten das «Wallstreet Journal» und die «New York Times» das glei-che Ziel: Je ein Portrait von Marc Rich und seinem bekanntesten Geger-ner Jo Lang. Weil das Wallstreet Jour-nal ein bisschen schneller war, kamen die beiden auf dessen Titelseite: Jo am 16./17. Februar, Rich eine Wo-che später. Die zwei umfassenden Beiträge wurden auf einer hinteren Seite weitergeführt.

Zum leichteren Verständnis des Textes übersetzen wir ein paar weni-ger bekannte Begriffe. «Gadfly»: Stechfliege oder Bremse. «Ahead of his curve»: dem Ereignis voraus sein. „Crack down“: energisch durchgrei-fen. «Vested interests»: Eigeninterese-sen (an Richs Geld). Das Zitat ganz unten lautet: «Die Linkspartei ist die einzige, die gewillt ist, die mora-lischen Fragen aufzuwerfen.»

Thema bleibt auf der Agenda

Hansruedi Küttel

Die Bilder von der Demo gegen das WEF vom 21. Januar 2016 auf dem Bundesplatz in Zug zeigen, dass das Thema Rohstoffhandel(-ausbeutung) weiterhin mit Zug in Verbindung gebracht wird. Der Aufruf zur Demo kam von der revolutionären Jugendgruppe aus Zürich.

23

Die Demo hat weder das WEF vertrieben noch die Rohstoffhändler verbessert, uns aber gezeigt, dass Zug mit diesen Firmen tatsächlich auch in Zukunft eine Last und ein Reputationsproblem hat. Das Thema bleibt brisant. Die Demonstrierenden wurden erfasst und mit Rayonverbot (Kanton Zug) sowie harten Bussen (Fr. 300 für «übermässigen Gemeingebrauch von öffentlichem Grund» plus Fr. 150 Schreibgebühr) belegt. Der Polizeieinsatz und -aufwand macht Hortnerinnen oder Krippenleiterinnen neidisch: Die Demonstranten genossen ein Betreuungsverhältnis von etwa 1:1, während in Krippen oder Horten über die Zahl von Kindern pro Betreuerin in einer ganz anderen Grössenordnung diskutiert wird. Die Berichterstattung über den Anlass hat einige Zuger Medienschaffende entlarvt, zu deutlich war ihre Enttäuschung über das Fehlen von Randalen und Sachschäden.



Nicht gerade beeindruckend, der Aufmarsch.



Ein paar harmlose Transparente...



Warten auf die Ankunft der Revolutionäre (Bahnhof Ostseite).



Offenbar eine gefährliche Situation bei «Grau», die Zuschauer wirken jedoch gelassen.



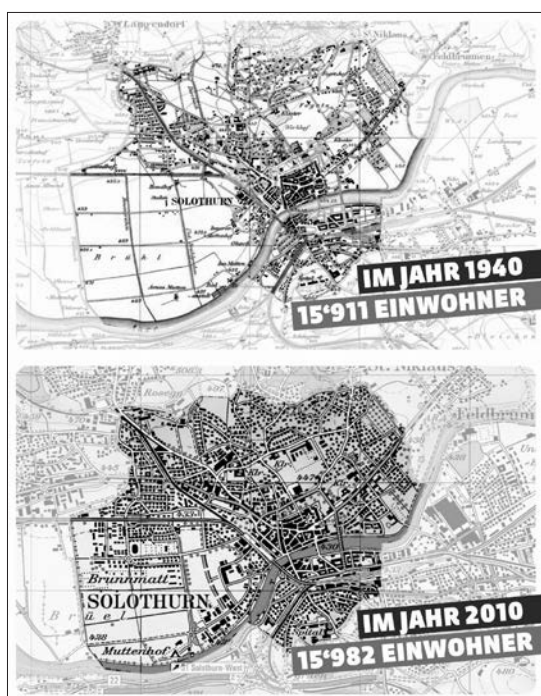
Auch der Wasserwerfer steht bereit.

Die Zukunft nicht verbauen

Jonas Feldmann, Junge Alternative Zug
Bild Junge Grüne Schweiz

24

Jeden Tag wird in der Schweiz eine Grünfläche in der Grösse von mehr als acht Fussballfeldern verbaut. Dabei gehen wertvolle unverbauten Landschaften verloren. Die Zersiedelung führt nicht nur zu einem Verlust von Landschaft und Kulturland, sondern auch zu längeren Transportwegen und mehr Verkehr. Die Initiative der jungen Grünen verlangt deshalb einen Einzonungsstopp.



Die Zersiedelung am Beispiel der Kleinstadt Solothurn: Ein Grossteil der Grünflächen ging in den letzten 70 Jahren verloren – und das bei gleichbleibender EinwohnerInnenzahl.

In letzter Zeit ist Bewegung in die Raumplanung gekommen. Die Zweitwohnungsinitiative, die Zürcher Kulturlandinitiative sowie das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) wurden von der Bevölkerung angenommen. Ist das Zersiedelungsproblem deswegen gelöst? Nein. Erstens werden die Gesetzesänderungen häufig entweder gar nicht (z.B. Kulturlandinitiative) oder zumindest mangelhaft (z.B. RPG) umgesetzt. Vor allem aber sind die bisherigen Änderungen mangelhaft. Sie strukturieren die Raumplanung neu, stoppen aber

die Zersiedelung nicht. Die Grundsatzfrage, wie wir die Zersiedelung tatsächlich verhindern und nicht nur lenken können, bleibt unangetastet. Die bevorstehende zweite RPG-Revision wird daran auch nichts ändern und allenfalls sogar Verschlechterungen bringen. Die Ressource Boden ist begrenzt und die Folgen der Zersiedelung sind gravierend. Es ist also höchste Zeit, den Landfrass mit griffigen Massnahmen zu stoppen.

Unverbautes Land schützen

Das effektivste Werkzeug gegen die Zersiedelung ist der Zonenplan, welcher die Unterscheidung in Bauland und Nicht-Bauland festlegt. Heute wird in der Regel zusätzliches Bauland eingezont, wenn

neuer Wohnraum benötigt wird. Das ist einfacher als die Nutzung der inneren Reserven, fördert aber die Zersiedelung. Daher braucht es einen Einzonungsstopp. Das bedeutet, dass nur noch die bestehenden Baulandreserven zur Verfügung stehen. Das Nicht-Bauland, also das Landwirtschaftsland und die weiteren Grünflächen, bleiben auch in Zukunft erhalten und un bebaut. Es steht den Gemeinden jedoch offen, untereinander Bauland abzutauschen. So wird es auch möglich, die Siedlungsentwicklung an den richtigen Orten zu konzentrieren,

nämlich dort, wo beispielsweise die Arbeitsplätze und der öffentliche Verkehr schon vorhanden sind.

Nachhaltige Quartiere fördern

Das Bauen nachhaltiger Quartiere bedarf heute zum Teil Sondernutzungszonen und einer ganzen Reihe an Ausnahmeregelungen (z.B. bei der Parkplatzpflicht). Dank der Initiative sollen die administrativen Hürden für nachhaltige Quartiere abgebaut werden, so dass diese sogar zur bevorzugten Bauweise werden. Für die Landwirtschaft benötigte Bauten sowie standortgebundene Bauten von öffentlichem Interesse (etwa SAC-Hütten oder Wasserreservoir) sind nach wie vor möglich. Aber solange immer weiter eingezont wird, gibt es keinen Anreiz zur inneren Verdichtung. Wir liegen auf der Zielgeraden – trotzdem fehlen noch wichtige Unterschriften. Wir freuen uns über jede Unterstützung!

Wir brauchen jede Unterschrift!

Damit wir unser Ziel erreichen und die Initiative im Spätsommer einreichen können, brauchen wir Deine Unterschrift. Du hast noch nicht unterschrieben? Dann nix wie los! Einen Unterschriftenbogen kannst Du via Mail an info@alternative-zug.ch bestellen – oder Du unterschreibst gleich online unter www.zersiedelung-stoppen.ch

Sammeln, sammeln, sammeln

Du bist jung oder jung geblieben und möchtest gemeinsam mit uns die Zersiedelung unserer schönen Schweizer Landschaft stoppen? Alles was du brauchst, ist ein Kugelschreiber und ein Klemmbrettli – und vergiss den Sonnenschutz nicht, wenn du dich damit nach draussen wags! Am meisten Spass macht's übrigens, wenn wir zusammen sammeln: Informiere dich bei den Jungen Alternativen über die aktuellsten Sammeltermine!



Bescheiden, bodenständig, bedacht, vernünftig – kurz: harmlos. So kommt er rüber.

Fahrlässig, Probleme aussitzend, kurzichtig, hilflos – kurz: der teuerste Regierungsrat, den der Kanton Zug seit langem hatte.

Und jetzt sitzt er in Bern und will uns länger arbeiten lassen. Und noch schlimmer: Er will noch 11 Jahre Ständerat bleiben. Das **Risiko**, dass es dazu kommt, ist **gross**. Denn Peter Hegglin geniesst die Rückendeckung des Zuger Monopolblattes und verkörpert «die Mitte».

Er sei ein starker Verfechter der regierungsrätlichen Strategie gewesen, lobte ihn Hausblatt NeueZZ. Das Motto der Strategie passt tatsächlich: «Mit Zug voraus» – einen Schritt in den finanziellen **Abgrund**.

Im Abgrund sehen möchte diese «Mitte» die Zuger Linke und sie deshalb aus der Regierung draussen haben. Und nebenbei gleich noch die immer wieder lästige SVP so stark wie möglich schwächen. Nachdem die Chancen für eine Verkleinerung der Regierung im Kantonsrat aber gesunken sind, schicken die Drahtzieher aus der CVP nun ein regelrechtes Gruselkabinett vor als Initiativ-Stosstrupp für «5 statt 7 Regierungsräte» (merke: Regierungsrätin gibt's nicht). Andreas Kleeb und Andrea Hodel haben etwas

gemeinsam: Beide sind sie gescheiterte FDP-Möchtegerne National- und/oder RegierungsrätInnen. Und etwas haben sie mit CVP-Mitstreiter Heini Schmid gemeinsam: **Geld. Viel Geld**. Denn das braucht es, um die 2 000 Unterschriften zusammenzubekommen.

Dass nicht die CVP selber hinsteht mit einer Initiative, hat nämlich seine Gründe: Vor 10 Jahren scheiterte sie mit ihrer lautstark lancierten Verkleinerungsinitiative kläglich – sie brachte die Unterschriften nicht zusammen. Aber sie sind **hartnäckig** – beim Majorz klappte es ja auch erst im dritten Anlauf.

Wie viele Anläufe der Zivildienst brauchte, haben wir nicht gezählt. Aber ein paar rechte Zuger Offiziere sind immer noch nicht drüber hinweg. Eine Veranstaltung der Jungen Alternativen ruft Vielschreiber Gruber, Präsident der Zuger Offiziere, auf den Plan. In einem Leserbrief hält er fest, dass (im Gegensatz zum Zivildienst) die Bürgersoldaten ihren Dienst sehr früh anfangen und dass dieser bis in die Abendstunden dauern kann. Ist ja klar: irgendwann muss der viele **Leerlauf** ja zeitlich untergebracht werden.

Tue Gutes und rede darüber. Tue Schlechtes und schweige darüber. Das ist das Motto der CVP-Kantonsrätin Laura Dittli. In

der NeuenZZ schreibt sie ausführlich über ihre erheblich erklärte Motion für eine Abstimmungshilfe für junge Erwachsene. An der gleichen Sitzung wäre die lange erdauerte Abstimmungsanlage, welche das Stimmverhalten der KantonsrätInnen **transparent** machen wird, ums Haar versenkt worden. Dittlis CVP war praktisch geschlossen gegen diese Transparenzmassnahme. Welche ja auch eine «Abstimmungshilfe für junge Erwachsene» wäre – bei den Wahlen.

Tue Schlechtes und verkaufe es als Gutes. Das ist das Motto des gescheiterten Bundesratskandidaten Aeschi. Unter dem Titel «Intensives Lobbying für Zuger Interessen» schildert er seine Bemühungen, die **Steuer-Dumpingpolitik** des Kantons auch mit der USR III fortführen zu können.

Tue Schlechtes und versuche es zu verwedeln, wenn es publik wird. Das ist das Motto von SP-Präsidentin Gysel, wenn es um die die Sprachvoraussetzungen für die Niederlassungsbewilligung geht. Nachdem sie offensichtlich in der vorberatenden Kommission für die **Privilegierung der Superreichen** gestimmt hatte und miterleben musste, dass das in der SP ausser ihren treuesten Vasallen kaum jemand lustig fand, versuchte sie zuerst noch mit haarsträubenden «Differenzierungen»

zwischen Equality und Equity ihre Position zu rechtfertigen, um dann zunehmend hektischer zurückzurudern.

Nicht rudern, sondern Auto fahren wollen sie. Und finden es das Letzte, diesen obligatorischen Fahrtüchtigkeitscheck für über 70-Jährige. Der Repräsentant des «Top60 FDP», Klubs, FDP-Rechtswissenschaftler und SUV-Fahrer Ulrich Bollmann, freute sich deshalb in einem Leserbrief riesig über das Bundesparlament, welches die Limite jetzt auf 75 angehoben hat. Der Umbenennung des FDP-Seniorenclubs in **Top75** steht nun nichts mehr im Weg.

«**Nicht im Weg stehen**» heisst schon bald die Devise für FussgängerInnen und Velofahrende – denn die Top 75 fahren in Zug vorzugsweise Porsche, Bentley, Aston Martin, Maserati und allerlei anderes grotesk Übermotorisiertes.



26

Diskriminierungen sind uns nicht Wurst

Nach 100 Tagen im Amt, da muss man eine erste Bilanz ziehen. So machten es die drei Departementsneulinge im Zuger Regierungsrat, so machten es die drei neuen nationalen bürgerlichen Parteipräsidien. Man muss dann seine Vorgänger beweihräuchern, trotzdem durch die Blume kotzen was alles nicht so gut läuft und möglichst komplizierte Grafiken mit Visionen, Zielen und Massnahmen vorstellen. Apropos kotzen, das wäre bei den aktuellen politischen Debatten gar nicht so unverständlich. Ohne Not hat da zum Beispiel der Kantonsrat die Ausbildungszulagen im Gesundheitsbereich gestrichen. Begründet wurde dies damit, dass auch der Metzger keine Beiträge an die Ausbildung für Nachwuchs-Wursterinnen und Wurster erhalte. Unseren linken Partnern, die der Streichung im Kantonsrat mehrheitlich zugestimmt haben, ging es dabei im Gegensatz zu den Bürgerlichen nicht um das neurotische Sparen, sondern vielmehr um die Gleichstellung zwischen frischen und alten Würsten. Wurst dürfen uns solche Einsparungen keinesfalls sein. Sie sind Teil der weltweiten neoliberalen Umverteilung von unten nach oben und diese gilt es zu bekämpfen. Alles hat ein Ende nur die Wurst hat zwei. In diesem

Sinne ist zu hoffen, dass wir nach dem Stadttunnel nun auch die Zuger Sparneurose bachab schicken können.

Andreas Lustenberger
Präsident Alternative –
die Grüne Zug



Beautiful Girl

Montag, 12. September
2016, 20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Die Ehe der Eltern zerbrochen, das ländliche Idyll der Kindheit gegen die Grossstadt eingetauscht – es gibt viel, mit dem die 16-jährige Charly (Jana McKinnan) fertigwerden muss. Bald 16 ist sie, sieht aber mit ihrer zierlichen Figur und der Zahnsperre einige Jahre jünger aus. Etwa im Vergleich zu den drei aufgedonnerten Prinzessinnen, der Tussi-Fraktion in ihrer Schulklasse, die sich auf Charlys Kosten gern einen Spass erlauben. Ihre Mutter ist viel zu sehr mit ihrem eigenen Unglück beschäftigt, um ihr eine Hilfe zu sein. Doch Charly findet sich auch ohne sie immer besser zurecht. In ihrer Sitznachbarin Hanna hat sie eine Verbündete und bald auch Freunde vom anderen Geschlecht. Zusammen mit dem künstlerisch begabten Carlo (Giacomo Pilotti) und dem Lehrerschreck Sulzer (Marlon Boess) erlebt sie das Abenteuer des Heranwachsens mit übermütigen Streichen, wilden Partys, erstem Sex und dem ganzen Rausch der nicht zu bändigenden Gefühle.

Dominik Hartls erster Kinospielefilm ist eine glaubwürdige «Coming of Age»-Geschichte fern von allen Klischees, dafür aber mit einem pulsierenden Soundtrack. Ein Film für ein junges Publikum, gewiss, aber auch ein Film

für frühere Jahrgänge, die erfahren wollen, was es mit den heutigen Jugendlichen auf sich hat. Sie werden feststellen, dass diese gar nicht so anders sind, als sie selbst es mal waren. Und vielleicht bleibt auch das eine oder andere Vorurteil gegen die «Smartphone-Generation» auf der Strecke.

Schauspieler Marlon Boess ist im Kino anwesend.



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



**Mittwoch, 6. Juli,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen der Grünen Risch-Rotkreuz
Ab 20 Uhr: Infoanlass zu den Sparpaketen mit Barbara Kurth

Juli/August

Referendum gegen die Sparpakete

(nur bei Nichteintreten auf Behördenreferendum)
Wöchentliche Sammelaktionen

**Samstag 3./4. September,
Zentralschweizer Bio-Markt
«O sole bio»**

in Zug

**Mittwoch, 7. September,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen des Forums Oberägeri
Ab 20 Uhr: Themenabend Grüne Wirtschaft

**Sonntag, 5. September,
Abstimmung**

**Mittwoch, 5. Oktober,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, mit Köchinnen und Köchen der GSP

Ab Oktober, Strassenkampagne zum Atomausstieg

Anmeldung an
info@alternative-zug.ch

**Die Alternativen im
Kanton Zug**

**Alternative – die Grünen
Zug**

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

**Alternative – die Grünen
Baar**

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**

Thomas Ehrensperger
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Alessandro Perucchi und
Konradin Franzini
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**

www.alternativefraktion.ch/
kantonsrat.html

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch

Facebook 
fb.com/AlternativeZug

Twitter 
@AlternativeZG

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN
Nr. 2, Juni 2016
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel
Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorin: Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild: Paula Gisler

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss
Nr. 3/2016:**
Freitag, 9. September 2016

Erscheinungsdatum
Freitag 1. Oktober 2016

«DAS BULLETIN»
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

